



Amt der Wiener Landesregierung

Dienststelle: Magistratsdirektion
Geschäftsbereich Recht
Verfassungsdienst und
EU-Angelegenheiten

Adresse: 1082 Wien, Rathaus
Telefon: 4000-82344
Telefax: 4000-99-82310
e-mail: post@mdv.magwien.gv.at
DVR: 0000191

MD-VD - 1615/05

Wien, 13. Oktober 2005

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das EU-Quellensteuergesetz, das Körperschaftsteuergesetz 1988, das Umgründungssteuergesetz, das Bodenschätzungsgesetz 1970, das Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz 1955, das Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992, das Elektrizitätsabgabegesetz, die Bundesabgabenordnung, die Abgabenexekutionsordnung, das Finanzstrafgesetz, das Alkoholsteuergesetz, das Zollrechts-Durchführungsgesetz und das Handelsgesetzbuch geändert werden - Abgabenänderungsgesetz 2005 (AbgÄG 2005);
Begutachtung;
Stellungnahme

zur GZ 010000/0080-IV/14/2005

An das
Bundesministerium für Finanzen

Zu dem mit Schreiben vom 23. September 2005 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes wird nach Anhörung des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien wie folgt Stellung genommen:

Im Allgemeinen Teil der Erläuternden Bemerkungen wird ausgeführt, dass die mit dem Entwurf geplanten Änderungen keine „messbaren budgetären Auswirkungen“ auf das Abgabenaufkommen haben. Allerdings ist nicht nachvollziehbar, weshalb die geplanten steuerlichen Maßnahmen, wie z. B. die Ausweitung der Ermäßigungs- bzw. Befreiungstatbestände im Kraftfahrzeugsteuergesetz 1992 oder im Elektrizitätsabgabengesetz, zu keinen messbaren Auswirkungen auf das Abgabenaufkommen und in der Folge zu keinen messbaren Mindereinnahmen der anderen Gebietskörperschaften führen sollen. Es wird daher angeregt, diese Feststellungen in den Erläuternden Bemerkungen zu begründen.

Darüber hinaus sollten in den Erläuternden Bemerkungen zu der Änderung des Elektrizitätsabgabengesetzes die konkreten EU-Rechtsnormen der genannten gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben angeführt werden.

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates übermittelt. Eine weitere Ausfertigung ergeht an die e-mail Adresse „begutachtungsverfahren@parlament.gv.at“.

Für den Landesamtsdirektor:


Mag. Michael Raffler
Senatsrat

Dr. Günther Smutny